

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Umweltlandesrat Rudi Anschöber**

und

**DI Dalibor Strasky,**  
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

5. September 2019

zum Thema

**Entscheidungsphase im Kampf gegen Bedrohung durch  
Atomkraftwerke an unserer Grenze - Oberösterreichs  
Initiativen**

**Entscheidungsmonate gegen die Atombedrohung – Anschöber fordert  
von Übergangsregierung Antiatom-Gipfel und Offensive in fünf  
Schwerpunkten**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

## **Entscheidungsphase im Kampf gegen Bedrohung durch Atomkraftwerke an unserer Grenze - Oberösterreichs Initiativen**

### **Entscheidungsmonate gegen die Atombedrohung – Anschober fordert von Übergangsregierung Antiatom-Gipfel und Offensive in fünf Schwerpunkten**

Die Atomindustrie steckt in der Krise, unsere Chancen steigen: Das zeigen aktuelle Ankündigungen in Japan 24 Reaktoren (40% aller Anlagen) stilllegen zu wollen. AKW-Neubauten entwickeln sich trotz staatlicher Milliarden-Subventionen zu Milliardengräbern. Daher wechselt die Atomindustrie zunehmend zu noch mehr Risiko: Die Laufzeiten völlig veralteter Reaktoren, trotz massiver Sicherheitsrisiken um Jahrzehnte zu verlängern - etwa in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Schweden, Belgien und anderen Ländern. Schon jetzt ist der Kraftwerkspark innerhalb der EU in die Jahre gekommen: Die 125 Reaktoren haben ein Durchschnittsalter von 33,4 Jahren – 72 Prozent der Reaktoren sind seit mehr als 31 Jahren in Betrieb.

Die Atom-Lobby versucht nun mit letzter Kraft ihre Privilegien im Energiebereich zu erhalten. Wir befinden uns in der Entscheidungsphase dieser Auseinandersetzung über einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg und unsere Chancen steigen. Die historischen Weichenstellungen kommen in den nächsten Wochen. Daher braucht es jetzt entschiedenes und konsequentes politisches Handeln von Oberösterreich, von Österreich und in der EU. Die fünf wichtigsten notwendigen Initiativen, die die Bundesregierung starten muss:

- Österreich muss am 10. September in der Sitzung des Verwaltungsrates der Europäischen Investitionsbank (*Board of Directors*) durchsetzen, dass keine Kredite mehr für Atomkraft-Projekte vergeben werden.
- Trotz eines positiven UVP-Bescheids des tschechischen Umweltministeriums zum Neubau-Projekt Dukovany, muss Österreich alle möglichen Rechtsschritte dagegen einbringen.
- Notwendige Klage Österreichs gegen die Betreiberfirma des AKW Dukovany aufgrund des Verdachts einer nicht ausreichenden Betriebsgenehmigung.

- Druck durch politische und rechtliche Initiativen für ein Ende der staatlichen Subventionen aufbauen.
- Eine klare Begrenzung von AKW-Laufzeiten durch eine Höchstgrenze von 40 Jahren auf EU-Ebene durchsetzen.

***Anschober zusammenfassend: „AKWs sind in der ganzen EU zum Scheitern verurteilt: Sie sind gefährlich, blockieren die Investitionen für die Energieumstellung auf Klimaschutz und erneuerbare Energieträger und sind völlig unwirtschaftlich. Jetzt befinden wir uns in der Entscheidungsphase! Wir müssen alle Kraft und alle rechtlichen Mittel dazu einsetzen, dass der europäische Atomausstieg Realität wird, damit endlich politisch konsequent nicht nur geredet, sondern gehandelt wird. Dazu schlage ich Bundeskanzlerin, Außenminister und Umweltministerin eine rasche Gesprächsrunde, einen Antiatom-Gipfel vor - mit dem Ziel des Paktierens der notwendigen Initiativen. Die nächsten Monate werden entscheiden und daher darf eine konsequente Antiatom-Politik nicht auf die nächste Bundesregierung verschoben werden. In diesem Bereich braucht es Gestaltung und nicht nur Verwaltung, sonst verschärft Österreich die entscheidenden Weichenstellungen der nächsten Monate.“***

### **Nächster wirtschaftlicher Hebel gegen Atom - die EIB muss Kreditmöglichkeit für AKWs stoppen**

Die EIB als größter internationaler Kreditgeber hat einen Entwurf zur Aktualisierung der Leitlinien zur Kreditvergabe im Energiesektor vorgelegt. Am 10. September wird sich das „Board of Directors“ der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit den neuen Leitlinien für die zukünftigen Kreditvergaben im Energiesektor auseinandersetzen. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen auch in Zukunft Kreditvergaben für Atomprojekte möglich sein.

Da der Neubau von AKWs in Europa völlig unwirtschaftlich ist, werden an vielen Standorten Laufzeitverlängerungen für alte AKWs beantragt. Werden nun, trotz des Fehlens klarer europäischer Regeln, Kreditfinanzierungen der EIB für

Laufzeitverlängerungen ermöglicht, werden diese damit erleichtert, mit einer massiven Erhöhung des Risikos für einen schweren Unfall.

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober: *„Das wäre eine völlig falsche Richtungsentscheidung für die europäische Energiepolitik. Hochgefährlich für die Umwelt und hochgefährlich für die Sicherheit.“*

Anschober appelliert daher an die Bundesregierung, noch vor der ersten Entscheidungssitzung am 10. September in der EIB gegen die Möglichkeit von EIB-Krediten für Atomprojekte aktiv zu werden und eine Länderallianz aufzubauen.

Mit Anschober engagiert sich auch die „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ mit 16 europäischen Regionen für eine Korrektur der Leitlinien. Auch im Europaparlament und in Deutschland wächst der Widerstand.

### **Keine Chance für neue Atomreaktoren in Dukovany**

Letzten Freitag hat das tschechische Umweltministerium das UVP-Verfahren für den geplanten Ausbau des südmährischen Atomkraftwerkes Dukovany mit einem positiven Bescheid abgeschlossen. Der am 30. August 2019 - um fünf Monate später als vorangekündigt - erlassene, 120-seitige UVP-Standpunkt beinhaltet insgesamt 47 Auflagen. Diese Auflagen müssen nach der derzeitigen Rechtslage Bestandteil der Standort- und später der Baugenehmigung werden.

Folgende Auflagen sind besonders relevant:

- Für die Baugenehmigung ist sicherzustellen, dass die Anlage eine Begrenzung der Abgabe des radioaktiven Tritiums in den Fluss Jihlava ermöglicht.
- Der Kühlwasser-Mangel ist am AKW-Standort Dukovany ein besonders kritischer Punkt. Der Bescheid erfordert eine Sicherstellung der gültigen Mindestdurchflussmenge im Fluss Jihlava auf Basis der wasserwirtschaftlichen Bilanzen und Klimaprognosen.

- Sicherstellung des Schutzes der Naturbiotope am Fluss Jihlava nach europäischen Vorgaben durch ein Erhalten des Mindestdurchflusses aus dem Stausee Mohelno. Keine Veränderung zum derzeitigen Betrieb erlaubt.
- Für den Fall eines schweren Unfalls mit Kernschmelze ist nachzuweisen:
  - Evakuierungsbedarf ab einem Umkreis von 3 km ausgeschlossen;
  - Jodvorbeugung ab einer Entfernung von 5 km ausgeschlossen;
  - die landwirtschaftlichen Produkte sollen ein Jahr nach dem Unfall ab 5 km Entfernung wieder verzehrbar sein;
  - keine Dauer-Absiedelung ab einer Grenze von 800m um den Reaktor.
- Im Rahmen der Projektvorbereitung ist laufend die Entwicklung der klimatischen Bedingungen zu beobachten und im Fall von Änderungen darauf zu reagieren, insbesondere für die Sicherstellung der Wasserversorgung.

Die von Oberösterreich eingebrachten Einwendungen wurden vom Gutachter im Bescheid unzureichend berücksichtigt. Auch eine Alternativenprüfung wurde nicht vorgenommen, die Notwendigkeit neuer AKW-Blöcke wird aus dem tschechischen Energiekonzept abgeleitet und nicht hinterfragt.

### **Auflage der UVP-Gutachter ist im Fall einer Einhaltung das Ende für neue Reaktoren in Dukovany**

*Antiatom-Beauftragter Strasky: „Man kann heute schon belegen, dass die Auflagen nicht eingehalten werden können. Zum Beispiel die Auflage, dass der Durchfluss im Fluss Jihlava unter der Talsperre auf dem derzeitigen Niveau bleiben muss. Dies schließt einen gleichzeitigen Betrieb der alten und neuen Blöcke am Standort Dukovany aus.“*

Der Kühlwasser-Mangel ist am AKW-Standort Dukovany ein besonders kritischer Punkt, denn die knappen Wassermengen im Fluss Jihlava sind bereits jetzt problematisch und verschärfen sich durch die wachsende Klimakrise. Der vorgeschriebene Mindestdurchfluss von 1,2 m<sup>3</sup>/s wurde im Sommer 2018 schon mehrmals unterschritten.

*„Der Standpunkt des tschechischen Umweltministeriums zum Neubau-Projekt Dukovany ist zwar positiv, Österreich muss aber alle möglichen Rechtsschritte dagegen einbringen. Es wurden Auflagen zur Kühlwasserversorgung erteilt, die bei konsequenter Umsetzung und Kontrolle durch die tschechischen Behörden zum K.O-Kriterium für das Projekt werden müssen. Gemeinsam mit NGOs aus Tschechien und vielen Bürger/innen Tschechiens werden wir alle politischen und rechtlichen Schritte gegen weitere Atomreaktoren ergreifen, die möglich sind“, so Anschober.*

### **EuGH-Urteil zu Laufzeitverlängerungen bestätigt Forderung nach UVP-Pflicht**

Der EuGH hat in einem vor wenigen Wochen ergangenen Urteil im Falle belgischer AKWs erkannt, dass Laufzeitverlängerungen UVP-pflichtig und auch nach Aarhus- und Espoo-Konvention sowie FFH-RL genehmigungspflichtig sind. Bei den Laufzeitverlängerungen aller vier Blöcke des AKW Dukovany wurde keine grenzüberschreitende UVP durchgeführt.

Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober sieht mit dem Urteil des EuGH seine Forderung nach einer verbindlichen grenzüberschreitenden UVP bei Laufzeitverlängerungen eindrucksvoll bestätigt und fordert eine Klage Österreichs gegen die Betreiberfirma des AKW Dukovany aufgrund des Verdachts einer nicht ausreichenden Betriebsgenehmigung.

Die rechtlichen Auswirkungen dieses Urteils gilt es nun zu nutzen, denn in der jüngeren Vergangenheit wurden von den nationalen Behörden mehrfach Laufzeitverlängerungen genehmigt - ohne eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Es handelt sich dabei unter anderem um Laufzeitverlängerungen für die AKWs in Tschechien (Dukovany) und Slowenien (Krsko).

Dies birgt ein hohes Risiko, da die Anlagen dafür nicht ausgelegt sind und teilweise auch bereits Leistungserhöhungen auf Kosten der Sicherheitsreserven durchgeführt wurden. Die AKWs aus den 1970er Jahren sind, bis auf wenige Ausnahmen (AKW Krsko 40 Jahre), für eine Betriebsdauer von 30 Jahren konzipiert.

Beispiele AKW-Laufzeiten:

Reaktorblock	Bautyp/Leistung	Inbetriebnahme	Auslegung	Abschaltung
Krsko	WH2LP-727	01.01.1983	2023	geplant 2043
Bohunice-3	WWER-440/213	14.02.1985	2015	geplant 2025
Bohunice-4	WWER-440/213	18.12.1985	2015	geplant 2025
Dukovany-1	WWER-440/213	03.05.1985	2015	geplant 2035
Dukovany-2	WWER-440/213	21.03.1986	2016	geplant 2036
Dukovany-3	WWER-440/213	20.12.1986	2016	geplant 2036
Dukovany-4	WWER-440/213	19.07.1987	2017	geplant 2037
Temelin-1	WWER-1000/320	10.06.2002	2020*	-
Temelin-2	WWER-1000/320	18.04.2003	2022*	-

\*) Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde läuft aus

### Entscheidende Weichenstellungen auf EU-Ebene

Auf Europäischer Ebene muss eine klare Begrenzung von AKW-Laufzeiten durch eine Höchstgrenze von 40 Jahren eingeführt werden. Zusammen mit einem Ende der staatlichen Subventionen für AKW-Neubauprojekte ist dies der Einstieg in den europaweiten Atomausstieg.

### Nein zu staatlichen Subventionen für AKW-Neubauprojekte

Noch in diesem Jahr erwartet wird das letztgültige Urteil des EuGH über eine von Anschober initiierte Nichtigkeitsklage der Republik Österreich gegen wettbewerbsverzerrende milliardensubventionen für das britische AKW-Projekt Hinkley Point. Die Klage wurde 2015 eingereicht und richtet sich gegen die Entscheidung der damaligen EU-Kommission, mit knapper Mehrheit die geplante milliardensubvention für das britische AKW-Projekt Hinkley Point zu akzeptieren.

Das Urteil ist als Präzedenzfall für weitere AKW-Neubauprojekte in Europa zu sehen und betrifft auch die Ausbau-Pläne in Tschechien. Denn die tschechische Regierung hat im Sommer einen ersten Entwurf für ein Finanzierungsmodell von weiteren Reaktorblöcken am Standort Dukovany, aber auch in Temelin vorgelegt.

Genau da will Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober einhaken, weil Fachexpert/innen davon ausgehen, dass das Modell einer Staatsgarantie im Widerspruch zu EU-Regelungen im Wettbewerbsrecht steht. Ziel ist eine umfassende Erhebung der Vereinbarkeit der geplanten Staatsgarantien mit den EU-Regeln und ein Vorbringen des Falls an die EU-Kommission.

*Anschober: „Neue Atomreaktoren rechnen sich nicht. Daher hat die tschechische Regierung eine höchst fragwürdige Finanzabsicherung konstruiert: Eine Tochtergesellschaft von CEZ nimmt die Kredite und setzt das Projekt um. Der Staat übernimmt die Absicherung und wenn es - was zu erwarten ist - große Probleme gibt, dann springt der Staat ein. Diese Konstruktion ist eine Täuschung und der Versuch, Staatsgarantien in Einklang mit Europarecht zu bringen. Diese Konstruktion kann nur unvereinbar mit EU-Recht sein.“*

### **Klare Regeln für eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten**

Die von LR Anschober initiierte Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg spricht sich für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft aus. Die Allianz ist von acht Gründerregionen auf 16 Mitglieder aus Belgien, Deutschland und Österreich angewachsen und wird von Luxemburg und den Partnernetzwerken „Cities for a nuclear free Europe (CNFE) und den Nuclear Free Local Authorities (NFLA) unterstützt. Oberösterreich ist in der Koordinierungsfunktion für die Allianz tätig.

Neben einem Nein zu staatlichen Subventionen für AKW-Neubauprojekte hat die Allianz auch eine Beschränkung der Laufzeiten zum Ziel. Die konkreten **Forderungen** sind:

- verpflichtende grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) bei Anträgen auf Laufzeitverlängerungen und
- eine Begrenzung von Laufzeiten durch eine Höchstgrenze von 40 Jahren für Atomkraftwerke in der EU.

*„Wir wollen ein Ende der Milliardensubventionen für neue Atomprojekte in Brüssel erreichen, gleichzeitig haben wir uns zum Ziel gesetzt, das wachsende Risiko durch immer ältere Atomreaktoren und damit verbunden immer mehr Laufzeitverlängerungen mit klaren Regeln durch Brüssel zu begrenzen. Gelingt beides, ist das der Einstieg in den europaweiten Atomausstieg, denn der Neubau von Atomkraftwerken ist völlig unwirtschaftlich geworden“,* sagt Umwelt-Landesrat Anschober.